

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Besuchspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M.— Durch die Post bezogen 2.— M.— ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Nedaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insetatenpreise: Die Winkelalte, Kolonialzelle 35 Pg., bei Plakatvorrichtung 40 Pg.
Stellenangebote 10 Pg., Kolonialzelle 25 Pg. Familiennotizen von Privaten
die 10 Pg., Kolonialzelle mit 50% Nachlohn. Reklamezelle 2 M.— Inserate v. ausw.:
die 10 Pg., Kolonialzelle 40 Pg., bei Plakatvorricht. 50 Pg., Reklamezelle 2.25 M.—

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausländer, unsere Zweigniederhöfe und alle Postanstalten entgegen

Heute: „Es lebe...“ Und morgen?...

Stresemann in Paris

Der Außenminister gibt seine Karten ab

SPD Paris, 27. August. (Radio.)

Der deutsche Außenminister ist am Sonnabend um 15 Uhr in Paris eingetroffen. Schon lange vor der Ankunft des Juges hatte sich vor dem Nordbahnhof eine beträchtliche Menschenmenge angesammelt. Als Stresemann erschien, brach sie in Ovationen aus. Vive la paix! (Es lebe der Friede!), Vive Stresemann!, erscholl es in tausendstimmigen Rufen, die einige Dutzend meist halbwüchsiger Burschen mit Jochen und Pfeifen vergeblich zu überdecken versuchten.

Der Reichsaussenminister begab sich sofort nach seiner Ankunft nach dem Wohnsitz des Präsidenten der Republik, um sich dort einzuschreiben, und fuhr dann zur amerikanischen Botschaft, der Wohnung des Staatssekretärs Kellogg, wo er seine Karte abgab. Um 18 Uhr stellte Stresemann dem französischen Außenminister einen Besuch ab, den Ort im Laufe des Abends in der deutschen Botschaft erwähnte. Am Montag um 11 Uhr ist eine Zusammentunft zwischen Stresemann und Poincaré vorgesehen. Abends besichtigt der Reichsaussenminister bereits die Rückreise nach Deutschland angetreten und sich zur Kur nach Baden-Baden zu begeben. Stresemann hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Teilnahme an allen Pariser Festlichkeiten abgelehnt. Er wird nur nach der Unterzeichnung des Paktes auf dem im Außenministerium von Briand gegebenen Diner zugegen sein.

Den französischen Journalisten übermittelte Stresemann eine schriftliche Erklärung, in der es heißt: „Das deutsche Volk hat den freien Willen, an der Verwirklichung jener Welt, in der Kriege nicht mehr existieren, mitzuwirken. Es ist ein wichtiges Faktum, daß gerade der Abschluß eines entsprechenden Paktes einen deutschen Außenminister seit langer Zeit wieder nach Paris führt. Wir wissen alle, daß seit Vacano gewisse Schwierigkeiten immer noch für die Ausdehnung der deutsch-französischen Beziehungen ein Hindernis bilden; aber wir wissen auch, daß diese Hindernisse nicht derartig sind, daß sie die Politik der verantwortlichen Staatsmänner aufhalten können. Sie können besiegt werden, und folglich müssen sie besiegt werden. Ich wäre glücklich, wenn die Unterzeichnung des neuen Paktes die Verwirklichung eines neuen Fortschritts in dieser Hinsicht gestaltet.“

Hosanna Stresemann!

Empfangsmusik der bürgerlichen Pariser Presse

WFB Paris, 26. August.

Zur Ankunft des Reichsministers Dr. Stresemann in Paris schreibt Sauerwein im Matin: Zum erstenmal seit dem Kriege 1870/71 befindet sich ein Reichsminister offiziell auf französischem Gebiet. In der öffentlichen Meinung herrscht gewiß Übereinstimmung darüber, daß dieser Geist Anrecht auf besondere Rücksichtnahme hat. Die öffentliche Meinung wird daran denken, durch wie viele Krisen und unter Abwehrung wie vieler Angriffe Stresemann seit 5 Jahren seine Politik der Annäherung und Befriedung fortgeführt hat. Dass er dadurch den Interessen seines Landes sehr gedient hat, wird ihm niemand zum Vorwurf machen können; dass er aber durch keine Mitarbeit dazu geholfen hat, in ganz Europa das Gleichgewicht und die Wohlfahrt wieder herzustellen, dafür wird ihm jeder unparteiisch Denkende Dank wissen.

Echo de Paris führt aus: „Die Ankunft Stresemans in Paris wird Kellogg ein wenig in den Hintergrund drängen. Alle Blicke werden zunächst auf Stresemann gelenkt sein.“ Echo de Paris schließt, nachdem das Blatt eine Aufrollung der Rheinlandräumung abgelehnt hat: „Wir heißen Stresemann willkommen

und wünschen seinem Volk Gedanken.“ Petit Journal betont die große Bedeutung der Ankunft Stresemanns in Paris, der trotz seines Gesundheitszustandes Wert darauf gelegt habe, diese neue Ratifizierung des Locarno-Abkommens und des Verträller-Vertrages selbst vorzunehmen. Quotidien schreibt: „Es ist nicht gleichgültig, wenn ein Reichsminister als erster deutscher Minister seit 1867 hier nach zwei durchbluteten Kriegen unter solchen Auflagen und mit einer solchen Mission, wie es die Unterzeichnung des Antikriegspakts, nach Paris begibt.“ Auch Ere Nouvelle weist darauf hin, daß der Besuch nicht gleichgültig lassen könne, Stresemann sei der erste Minister seit Bismarck, der offiziell den französischen Boden betrete. Poincaré sei jetzt Mitarbeiter des ehemaligen Entspannungsunternehmens geworden.

Demonstrationen gegen den Kellogg-Pakt

TU Paris, 27. August.

Die kommunistische Partei suchte am Sonntag durch Ankleben von Maueranschlägen und Verteilen von Aufrufen, die in besetzten Ausdrücken abgefaßt waren, gegen den Kellogg-Pakt zu demonstrieren. Infolge der vorbeugenden Maßnahmen der Polizei scheiterte diese Kundgebung vollkommen. Einige während der Nacht angebrachte Anschläge wurden entfernt und etwa 50 Teilnehmer von Flugblättern verhaftet.

Der Krieg wird geächtet



Sie unterzeichneten

Eine schwierige Ausgabe

Auftrag zur Regierungsbildung in Thüringen

TU Weimar, 24. August.

Der Landtagspräsident hat den Abgeordneten Krüger als das zur Zeit einzige Fraktionsmitglied der Demokratischen Partei in einem Schreiben gebeten, die Verhandlungen über die Regierungsbildung als Vertrauensmann einzuleiten, da durch die Entschließungen des demokratischen Parteitages die Notwendigkeit einer Regierungsbildung hervorgerufen worden sei. Abgeordneter Krüger hat sich in Rücksicht auf diesen Tatschand entschlossen, den Auftrag anzunehmen.

Das Königsgesetz angenommen!

SPD Berlin, 27. August. (Radio.)

Die Nationalversammlung von Albanien nahm am Sonnabend das Gesetz zur Proklamierung des Königtums an und bot dem gegenwärtigen Präsidenten Achmed Jogo die Krone an. Die eigentliche Proklamation zum König soll unter großem Zeremoniell er-

folgen. In einzelnen Teilen Albaniens richteten sich am Sonntag große Bevölkerungsschichten spontan gegen dieses Theater von Italiens Gnaden. Die Kundgebungen wurden überall „von Unwegen“ unterdrückt.

10 Milliarden Franc für Rüstungen

SPD Paris, 25. August.

Der neue französische Staatshaushalt sieht Ausgaben in Höhe von 45,2 Milliarden Franc vor. Hieron entfällt fast die Hälfte nämlich 22,2 Milliarden Franc auf den öffentlichen Schuldenbetrieb. 10 Milliarden Franc sind für Heer und Marine eingeplant, d. h. beinahe ebensoviel wie für die gesamten übrigen Kosten der Staatsverwaltung. Die Ausgaben übersteigen die regulären Einnahmen aus Steuern und Abgaben um 1 Milliarde Franc. Dieser Fehlbetrag soll aus dem Dawesplan gedeckt werden. Der durch die Erhöhung des steuerfreien Einkommensminimums von 7000 auf 10000 Franc ausfallende Eingang wird gedeckt durch die Erhöhung des Salzes der allgemeinen Einkommenssteuer von 30 auf 33% Prozent.

Von der portugiesischen Regierung sind 128 Offiziere und 32.000 Zivilisten, die an der letzten revolutionären Bewegung in Lissabon beteiligt waren, nach den verschiedenen Kolonien verschifft worden.

Blick voran!

Zum Kongress des ADGB

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Arbeitergewerkschaften haben in den beiden ersten Jahren nach der Inflation, 1924 und 1925, außerordentliche Lohnersolge erreichen können. Der Nettolohnzuwachs, den die Bewegungen der freien Arbeiterschaft brachten, betrug im Jahre 1924 pro Woche 38,84 Millionen und im Jahre 1925 37,1 Millionen Mark. Die Linie dieser Lohnersolge setzte sich im Jahre 1926 nicht fort. In diesem Jahre der großen Krise gelang es aber den freien Gewerkschaften, so weitgehend die Angriffe des Unternehmertums auf die Tariflöhne abzuschlagen und gleichzeitig doch auch noch eine Reihe von Lohn erhöhungen durchzudrücken, daß ein Nettolohnzuwachs von 3,75 Millionen Mark pro Woche verblieb.

Diese Zusammenhänge weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, wie empfindlich die gewerkschaftliche Tätigkeit von der Konjunkturentwicklung beeinflußt wird, und es ist also durchaus verständlich, daß insbesondere seit den Erfahrungen des Jahres 1926 immer stärkere Anstrengungen seitens der freien Gewerkschaften gemacht werden, die Konjunktur zu beeinflussen. Dass es sich im übrigen bei dem Erfolgslaufgang im Jahre 1926 nur um eine konjunkturbedingte Erscheinung handelte, hat inzwischen der Verlauf der Lohnbewegungen der ADGB-Gewerkschaften im Jahre 1927 dargetan. In diesem Jahre, in dem sich rasch und stark ein außerordentlicher Konjunkturaufschwung vollzog, waren die Gewerkschaften in der Lage, einen Nettolohnzuwachs von 22,78 Millionen Mark pro Woche zu erreichen.

Dieser nicht zu unterschätzende Erfolg bleibt hinter den Erfolgen der beiden ersten Nachinflationsjahre wesentlich zurück. Es ist begreiflich, daß man sich in den Gewerkschaftskreisen mit dieser Tatsache ernsthaft beschäftigt und über ihre Ursachen ins Klare zu kommen sucht. Ziemlich übereinstimmend wird von den verschiedensten Stellen dem Schlichtungswesen wenigstens ein Teil der Schuld an den nicht genügenden Erfolgen gegeben. Im Jahrbuch des ADGB für 1927 wird das vorsichtig so formuliert: das Reichsarbeitsministerium habe den Bestrebungen der Gewerkschaften „durch Verbindlichserklärung von Schiedssprüchen häufig ein vorzeitiges Ende bereitet“. Der Hinweis auf das Schlichtungswesen allein genügt aber nicht, um den Ausgang der Lohnbewegungen des Jahres 1927 zu erklären.

Tatsächlich enthalten die Resultate der Lohnbewegungen seit 1924 einen deutlichen Hinweis auf Grenzen der Wirtschaftsleistung der Gewerkschaften in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Grenzen, die man nicht für gänzlich unverrückbar zu halten braucht, die aber doch eine sehr starke Widerstandskraft haben. Man darf nämlich, wenn man die Lohnersolge der beiden ersten Nachinflationsjahre mit den Erfolgen des Jahres 1927 vergleicht, nicht übersehen, daß der Erfolg der einzelnen Jahre von einem ganz verschiedenen Ausgangspunkt aus erreicht wurde. Mit allem Nachdruck muß auf das hingewiesen werden, was das Jahrbuch des ADGB für 1924 von der anfänglichen Lohnbemessung nach der Inflation sagte: „Der Tiefstand der Inflationslöhne übertrug sich auf die Festsetzung der Löhne in der neuen Währung. Ihre Höhe entsprach nicht den notwendigen Erfordernissen der Lebenshaltung.“ Mit anderen Worten: die Lohnhöhe der ersten Nachinflationszeit blieb weit unter der Lohnhöhe der Vorkriegszeit, drückte die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter ihren Vorkriegsstand und stellte den Gewerkschaften die Aufgabe, eine verlorene Position zurück zu erobern.

Sie müssen die Lohnkämpfe seit 1924 gesehen und gewertet werden: als Kampf um Verlorenes, die Erfolge als Etappen einer Wiedereroberung. Heute darf man sagen, daß diese Wiedereroberung annähernd gelungen ist. Die Kämpfe des Jahres 1927 waren Versuche, die Wiederangleichung der Realöhne der Arbeiterschaft an die Vorkriegslöhne zu vollenden. Vereinzelt dienten die Lohnkämpfe des Jahres 1928 bereits einer Erhöhung des Lohnniveaus über das Vorkriegsniveau hinaus. Man darf allerdings die bisherige Überschreitung des Vorkriegsstandes nicht überschätzen. Eine eben in „Wirtschaft und Statistik“ zur Veröffentlichung kommende Übersicht über die Hauptergebnisse der amtlichen Lohnherabsetzung im Holzgewerbe für den März 1928, über eine Erhebung also in einer der gewerkschaftlich am besten organisierten Industrien, verzeichnet, gemessen an der Kaufkraft, einen Stand der tatsächlich gezahlten Löhne im Vergleich mit 1913/14

von 103 Prozent für Facharbeiter im Zeitlohn,
von 105 Prozent für Facharbeiter im Stücklohn.

Es ist un schwer erkennbar, daß der Kampf um höhere Löhne um so schwieriger geworden ist, je näher die Lohnhöhe dem Vorkriegsstande kam. Aus zahlreichen Veröffentlichungen der Unternehmerpresse ist auch zu erkennen, daß die Gegenspieler der Gewerkschaften ganz bewußt den Vorkriegsstand der Löhne (auf Kaufkraft umgerechnet) als letzte Grenze der Lohnbemessung respektiert wissen wollen. Da